



# CORONA-NEWS

## Corona: Richtung im Chaos

Seit Anfang März sind im Paritätischen Brandenburg die meisten Aktivitäten darauf ausgerichtet, die Folgen der Corona-Pandemie und des Lockdowns in Grenzen zu halten. Täglich ist eine ganze Flut neuer Informationen zu sichten und zu verarbeiten, die Themen, zu denen in Telefon- und Videokonferenzen verhandelt werden muss, folgen einander im Stundentakt.

### Mangel an Schutzausrüstung

Es gibt kaum ein Thema, das die Gemüter so erhitzt hat, wie der Mangel an verfügbarer Schutzausrüstung. Schon früh signalisierte das Land, dass es sich außerstande sah, für alle gefährdeten Berufsgruppen die notwendigen Schutzmaterialien zur Verfügung zu stellen. Tatsächlich ist es so, dass auch heute, weit über einem Monat nach dem Lockdown, die Träger (bis auf wenige Ausnahmen) vergebens auf Hilfe der Gesundheitsbehörden warten. So machte sich in vielen Pflegeeinrichtungen, genauso wie in Wohnstätten für Menschen mit Behinderung Angst breit, im Falle einer Infektion weder Beschäftigte noch Bewohnerinnen und Bewohner schützen zu können.

Der Paritätische machte sich deshalb gemeinsam mit den anderen Wohlfahrtsverbänden auf den Weg, um Schutzausrüstung nach Brandenburg zu bekommen. Kein einfaches Unterfangen - der Markt galt als leergefegt, Lieferwege als unterbrochen und

Scharlatane versuchten mit gefälschten Zertifikaten und Produkten das schnelle Geld zu machen.

Es waren umfangreiche Recherchen, Telefonate und ein erhebliches, finanzielles und zeitliches Engagement des Verbands nötig, um schließlich rund 150.000 Masken zur Verfügung zu haben, die mit Unterstützung des ASB Landesverbands und des Brandenburger DRK an weit über 100 Mitglieder weitergegeben werden konnten.

### Soziale Arbeit mit Kontaktbeschränkung?

Die Mitglieder beschäftigten aber auch noch andere, drängende Fragen, so etwa die Kontaktbeschränkungen, die seit Mitte März gelten und die Situation am Arbeitsplatz genauso wie in der Öffentlichkeit oder im Privaten radikal verändert haben. Kitas und Schulen, aber auch Werkstätten für Menschen mit Behinderung wurden geschlossen, in Pflegeeinrichtungen gilt ein striktes Besuchsverbot. All dies, um insbesondere gefährdete Personengruppen vor einer Infektion zu schützen, die für sie

den Tod bedeuten kann. Was jedoch auf der einen Seite eine Lösung darstellen mag, produziert an anderer Stelle große Fragezeichen und Sorgen. Wie kann es gelingen, Menschen, die plötzlich ihrer gewohnten Tagesstruktur beraubt wurden in einer Wohnstätte angemessen zu betreuen und wie kann der Kontakt zu Angehörigen trotz Zugangssperre aufrechterhalten werden? Wie können Eltern unterstützt werden, die, teilweise auf kleinem Raum, über Wochen die Betreuung und/oder Beschulung ihrer Kinder sicherstellen und gleichzeitig arbeiten gehen sollen? Wie können Kinder unterstützt werden, dass sie trotz Kontaktsperre nicht den Kontakt zu Gleichaltrigen, zu Freunden oder auch Oma und Opa verlieren? Und wie kann die Beratung psychisch erkrankter Menschen, von Menschen mit Schulden oder auch Suchterkrankungen weiter sichergestellt werden, wenn in kleinen Büroräumen ein Mindestabstand von 1,50 Meter eingehalten werden muss? All das sind Fragen, die auch auf Landesebene gelöst werden mussten. In fast

täglichen Konferenzen haben die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege diese und viele andere Themen mit der Landesverwaltung, mit Landkreisen und Gemeinden, Ministern und Abgeordneten, mit Sozial- und Jugendamtsleitungen oder auch den Krankenkassen beraten und versucht, Lösungen auf den Weg zu bringen.

Denn schließlich gilt es, in der aktuellen Gemengelage zum Teil widersprechender Interessen sowohl kurzfristige als auch nachhaltige Lösungen nicht nur für die Überbrückung der Krise, sondern auch für den weiteren Bestand der sozialen Infrastruktur auf den Weg zu bringen.

#### Gefährdung der wirtschaftlichen Zukunft

Es geht also nicht nur um die Aufrechterhaltung der sozialen Angebote,

sondern immer mehr auch um die wirtschaftliche Zukunft vieler Träger. Angesichts der gegenwärtigen Leistungsvergütungen verfügen nur die Wenigsten über die Rücklagen, die nötig wären, um größere Ausfälle auffangen zu können. Im Gegenteil: Viele sind zusätzlich auf die Erwirtschaftung von Eigenmitteln angewiesen. Und viele tun das üblicherweise, indem sie Gruppenangebote vorhalten - in Coronazeiten eine Unmöglichkeit. Die Verbände haben deshalb früh auf den drohenden Zusammenbruch der Hilfsstrukturen hingewiesen und nachhaltige Unterstützung von Bund und Land gefordert.

Dass auch die Soziale Arbeit gefährdet ist, wurde aber dennoch zunächst übersehen - und war den Entscheidungsträger\*innen auch im weiteren Verlauf nicht leicht zu ver-

mitteln. „In dieser Situation mussten wir hartnäckig sein und als Verbände gemeinsam vorgehen“, sagt Andreas Kaczynski. „Wir haben eine Vielzahl an Brandbriefen und Mails geschrieben, Hintergrundgespräche geführt und daneben immer wieder direkt mit den zuständigen Ministerien verhandelt. Der tatsächliche Arbeitsaufwand lässt sich schlecht beziffern, aber sechs bis sieben Stunden tägliche Video- und Telefonkonferenzen sind keine Seltenheit. Und die Krise kennt häufig auch kein Wochenende.“

#### Mit neuer Technik im Dauereinsatz

Auch die verbandlichen Fachreferate haben ununterbrochen an der Bewältigung der Krise gearbeitet. Dabei galt es zum einen, die ständig neu eingehenden Rundschreiben, Verordnungen und Gesetze in mühseliger und fordernder Übersetzungsarbeit

## Absagen

### Verbandliches Jubiläumsfest am 9. Juni

Wir bedauern, dass wir unser für den 9. Juni angekündigtes Jubiläumsfest absagen müssen. Bislang ist nicht absehbar, ob die Kontaktbeschränkungen zu diesem Zeitpunkt aufgehoben sind. Außerdem ist es uns ein wichtiges Anliegen, unsere Gäste keinem erhöhten Risiko auszusetzen.

### Qualifizierungsprojekt „Parität Personal“

Unser in der letzten Ausgabe der Verbandszeitschrift angekündigte ESF-Rückenwind-Projekt „Parität Personal“ wird vorerst nicht durchgeführt.

Wir gehen davon aus, dass unsere Mitglieder noch bis weit in den Herbst dieses Jahres mit der Bewältigung der Coronakrise beschäftigt sein werden und deshalb die erforderlichen Personalressourcen nicht bereitstellen können.

## Videobotschaften zum 30-jährigen Jubiläum

Auch wenn wir unsere Festveranstaltung anlässlich unseres 30-jährigen Verbandsjubiläums im Juni coronabedingt absagen mussten, möchten wir doch unseren Geburtstag am 9. Juni dieses Jahres medial festlich begehen. Einige Gratulanten gibt es schon. Ihre Videogrußbotschaften werden wir in den nächsten Tagen und Wochen auf unserer Homepage und in den Sozialen Medien zeigen. Diese Woche haben uns Ministerin Ursula Nonnemacher und Staatssekretär Michael Ranft via Videogruß gratuliert. Wir freuen uns sehr darüber und bedanken uns herzlich. Bei der Aufnahme ist dieses Bild entstanden.



Links: Ursula Nonnemacher, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz; daneben Mirjam Deponte, Fachreferentin des Paritätischen Brandenburg für Kommunikation und Information



Die ersehnten Masken sind in der Landesgeschäftsstelle des Paritätischen eingetroffen. Links im Bild: Andreas Kaczynski, Vorsitzender des Paritätischen Brandenburg

für die Mitgliedsorganisationen verständlich aufzubereiten. Parallel mussten sie über kontinuierliches Lobbying auf Landes- und Kommunalebene für dringend benötigte Krisenregelungen hinwirken und sich zudem in speziell gegründeten Ad-Hoc-Gruppen beständig über neue Handlungserfordernisse austauschen - auch um, wenn nötig, sofort korrigierend einzugreifen.

Das alles war nur möglich, weil es eine große Motivation gab, sich auf bisher unerprobte Techniken der digitalen Kommunikation - also Videokonferenzen mit ganzen Arbeitskreisen oder Collaborationslösungen wie „Slack“ und andere - einzulassen und sich das nötige Handwerkszeug trotz aller anderen Herausforderungen innerhalb kürzester Zeit anzueignen.

#### Instrumente zur Sicherung der sozialen Infrastruktur

Mittlerweile gibt es eine ganze Reihe von Instrumenten, mit denen dem flächendeckenden Zusammenbruch der sozialen Infrastruktur entgegen gewirkt werden soll. Sie sind bislang allerdings nur in Teilen zielführend. Es ist daher zu hoffen, dass bei fort-

gesetzter Verhandlung vielleicht noch nachgebessert wird. Die wichtigsten Programme werden hier vorgestellt.

#### ■ Corona-Soforthilfeprogramm des Landes Brandenburg

Für Gewerbebetriebe und Freiberufler\*innen hat das Land Brandenburg bereits Mitte März einen eigenen Rettungsschirm aufgespannt. Darüber sind dann immerhin direkte Zuschüsse möglich. Die maximale Förderhöhe - tatsächlich bis zu 60.000 Euro für Betriebe mit mehr als 100 Beschäftigten. Inzwischen profitieren von den Hilfen nicht nur wirtschaftliche Geschäftsbetriebe, sondern auch Zweckbetriebe, also auch die meisten Paritätischen Mitglieder. Das Programm wird über die Investitionsbank des Landes Brandenburg abgewickelt.

#### ■ Verdienstaussfallentschädigung über das Infektionsschutzgesetz

Dass in Fällen von durch das Gesundheitsamt verhängter Betriebsquarantäne Anspruch auf Verdienstaussfallentschädigung in Höhe des Krankengeldes besteht, wurde breit kommuniziert. Weniger bekannt ist - und darauf weist das Land in einem speziellen

Merkblatt gesondert hin -, dass diese Entschädigung nach dem Infektionsschutzgesetz auch Beschäftigten zusteht, die aufgrund der Schließung von Kitas und Schulen nicht arbeiten können, weil sie Kinder unter 12 Jahren betreuen müssen. Weitere Bedingung ist, dass es weder ein Home Office noch vertragliche Regelungen zu Arbeitszeitkontingenten gibt. (Vgl. § 56 Abs. 1 a IfSG)

#### ■ Kurzarbeitergeld

Unternehmen, die ihr Personal aufgrund mangelnder Beschäftigung ganz oder teilweise freustellen müssen, haben unter bestimmten betrieblichen Voraussetzungen Anspruch auf anteiliges Kurzarbeitergeld. In solchen Fällen zahlt die Arbeitsagentur 67 Prozent der Differenz zwischen dem üblichen und dem wegen Arbeitszeitverkürzung reduzierten Nettogehalt. Im mittleren Einkommenssektor (bis 3.500 Euro Bruttogehalt, Steuerklasse III, ein Kind) müssen die Arbeitnehmenden bei Reduzierung auf 50 Prozent der üblichen Arbeitszeit mit etwa 15 Prozent Einkommensverlust rechnen, von dem ein Teil durch erniedrigte Steuersätze wieder eingeworben



werden kann. Im Internet gibt es dazu Rechenprogramme (z.B. [www.smart-rechner.de/kurzarbeit/rechner.php](http://www.smart-rechner.de/kurzarbeit/rechner.php)). Der Verlust steigt mit zunehmendem Einkommen.

#### ■ Entlastung für Pflegeeinrichtungen

Mit dem COVID-19-Krankenhausesentlastungsgesetz wurde für die Zeit von März bis September 2020 ein Erstattungsverfahren zum Ausgleich pandemiebedingter finanzieller Belastungen von Pflegeeinrichtungen geschaffen. Sowohl außerordentliche Aufwendungen (etwa für Schutzrüstung) als auch anderweitig nicht finanzierbare Mindereinnahmen sind erstattungsfähig. Außerdem werden bei Unterschreitungen der vereinbarten Personalausstattung keine Vergütungskürzungsverfahren durchgeführt.

#### ■ Sozialdienstleister-Einsatzgesetz (SodEG)

SodEG verpflichtet die Leistungsträger, die Finanzierung derjenigen sozialen Dienste und Einrichtungen, für die sie zuständig sind, auch dann sicherzustellen, wenn diese wegen der Coronakrise ihrem Tagesgeschäft nicht mehr oder nur in geringem Maße nachkommen können. Das SodEG stellt somit eine „letzte Auffanglinie“ dar für Angebote, die sich nach den Sozialgesetzbüchern II, XII oder VIII finanzieren und aufgrund der Kontaktbeschränkungen schließen mussten - z.B. Fahrdienste, Begegnungszentren oder Tagesstätten für Menschen mit Behinderungen. Voraussetzung für die Finanzierung über SodEG ist, dass das aufgrund der oben genannten Beschränkungen freierwerbende Personal überbetrieblich in Beschäftigungsbereichen zur Bewältigung der Coronakrise eingesetzt wird oder werden kann.

Die Finanzierung ist beschränkt auf 75 Prozent der üblichen Zuwendungen und Entgelte.

Sie wird außerdem verrechnet mit bestimmten vorrangig in Anspruch zu nehmenden Leistungen z.B. nach dem Infektionsschutzgesetz oder auch Kurzarbeitergeld.

#### ■ Förderrichtlinie im Bereich Kinder- und Jugendhilfe

Seit dem 28.04.2020 existiert ein eigener Landesrettungsschirm für Träger aus dem Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, die trotz Liquiditätshilfen in existentielle Not geraten. Dazu gehören bspw. Jugendbildungsstätten, außerschulische Lernorte, Jugendherbergen oder auch Einrichtungen der Jugendsozialarbeit, die auf Grund der Einschränkungen um ihre Zukunft bangen.

#### ■ Stundung von Sozialversicherungsbeiträgen

Die Krankenkassen können bei ausstehenden Sozialversicherungsbeiträgen bis auf weiteres auf Vollstreckungsmaßnahmen verzichten, wenn Unternehmen aufgrund finanzieller Bedrängnis ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen können. Auch Beitragsstundungen oder Ratenzahlung sind auf Antrag möglich.

Voraussetzung ist, dass zuvor alle alternativen Entlastungs- und Zuschussmöglichkeiten ausgeschöpft worden sind. Die Stundungsoption ist bislang auf die Monate März und April 2020 beschränkt. Für März ist im Nachhinein keine Stundung mehr möglich, wenn die Beiträge bereits überwiesen worden sind. Musteranträge und Näheres zur Verfahrensweise sind auf den Webseiten der jeweiligen Krankenkassen eingestellt.

#### ■ Kredite

Schon direkt im Zusammenhang der ersten Kontaktbeschränkungen hat die Bundesregierung über die Kreditanstalt für Wiederaufbau neue Kreditprogramme eingerichtet.

Die Sozialwirtschaft profitiert davon bislang allerdings nicht, denn für diesen Bereich werden regierungsseitig keine Sicherheiten, d.h. Bürgschaften bereitgestellt. Dies wird jedoch aktuell noch durch die Wohlfahrtsverbände versucht zu ändern.

Parallel haben einige Banken wie etwa die Bank für Sozialwirtschaft eigene Kreditprogramme für die Sicherung

der Liquidität Sozialer Organisationen aufgelegt - dies allerdings beschränkt auf die jeweils eigenen Kunden. Ob die eigene Hausbank derartige Optionen bereithält, muss über direkte Nachfrage geklärt werden.

#### ■ Noch immer vieles ungeklärt

Die vielen von der Bundesregierung, der Landesregierung, den Banken und anderen Akteuren bereitgestellten Unterstützungsinstrumente wären ohne die Bemühungen der Sozialverbände nicht erreicht worden.

Die vergangenen Wochen haben aber auch gezeigt, dass weiterhin großes Engagement nötig sein wird, um die großen Risiken eines dauerhaften Shutdowns vieler Dienste und Angebote bewusst zu machen und die nötigen Gegenmaßnahmen durchzusetzen. Reicht die fachliche Überzeugungskraft nicht aus, muss ein Thema „politikkompatibel“ aufbereitet oder auch mal öffentlich über die Medien ausgetragen werden, um etwas zu bewegen.

Die Fülle der Informationen zu sichten, ihre Auswirkungen auf die Arbeit der Mitglieder zu bewerten und Hinweise und Ratschläge für den Umgang mit den komplexen und für viele völlig neuen Fragestellungen im Alltag zu geben, ist die tägliche „Kunst“ des Paritätischen. Und gleichzeitig nimmt der Verband ständig neue Fragen aus der Praxis auf, transportiert sie an die zuständigen Verantwortungsträger oder formuliert sie in einem rechtlichen Rahmen.

Denn am Ende geht es um die Menschen in Brandenburg, um ihr Recht auf Betreuung, Beratung, Pflege. Der Verband und seine Mitglieder behalten auch in der Krise offene Augen und Ohren!

#### Info

Alle Corona-Hilfen sind im Parinet unter „FAQ Corona-Hilfen“ weiterführend beschrieben.

# Schutzmasken für Brandenburg

Der Paritätische konnte 140.000 Schutzmasken für seine Mitglieder beschaffen und mit Unterstützung des ASB-Landesverbandes und des DRK Brandenburg an seine Mitglieder verteilen

Bisher haben soziale Träger so gut wie keine Schutzmaterialien aus den Beständen der öffentlichen Hand erhalten. „Insbesondere im Pflegebereich und in der Eingliederungshilfe ist Schutz-ausrüstung aber eine elementare Voraussetzung für die Aufrechter-

organisationen gegeben. Auch die Verteilung war nicht einfach - und nur möglich, weil der Paritätische, das DRK und der ASB-Landesverband Brandenburg dafür in ganz neuer Weise zusammengearbeitet haben. Beschafft wurden insgesamt um 100.000

uns die Anfrage des Paritätischen erreichte, sicherten unsere regionalen ASB-Verbände sofort mit ihren Fahrzeugen den Transport der sehnstüchtig erwarteten Schutzmaterialien zu. Als Samariterinnen und Samariter handeln wir stets nach unserem Leitsatz:



haltung der Angebote, denn hier ist die Ansteckungsgefahr für die Beschäftigten und ihre Klienten besonders hoch“, so Andreas Kaczynski, Vorsitzender des Paritätischen Brandenburg.

Tatsächlich war es nicht leicht, eine so große Menge an Schutzmasken zu akquirieren. Zum einen musste der Verband in sehr hohe finanzielle Vorleistung treten, zum anderen war der koordinatorische Aufwand enorm.

Viele Kolleg\*innen in der Landesgeschäftsstelle haben alles daran gesetzt, die Versorgung der Mitgliedsorganisationen möglich zu machen. Sie haben bei den Trägern die Bedarfe abgefragt, die Bedarfsmeldungen aufgearbeitet und die nötigen Rückmeldungen an die Mitglieds-

OP-Masken und 40.000 Masken des Typs FFP2/KN95. Die Auslieferung an die Einrichtungen übernahmen die Fahrdienste des Arbeiter-Samariter-Bundes gemeinsam mit DRK-Fahrdiensten. „Wir danken wir dem DRK und dem ASB für die schnelle und unkomplizierte Hilfe“, so Andreas Kaczynski.

Das DRK erklärte, dass es, wo nötig, auch weiterhin helfen würde: „Mit den Schutzmasken unterstützen wir den Paritätischen Brandenburg dabei, den Bedarf in seinen Einrichtungen zu decken. Natürlich sind wir nach Möglichkeit auch verbandsübergreifend behilflich“, betont Hubertus C. Diemer, Vorstand des DRK-Landesverbandes Brandenburg. Der ASB-Landesverband Brandenburg sieht das ähnlich: „Als

„Wir helfen hier und jetzt“, sagt Dietmar Lippold, Geschäftsführer des ASB-Landesverbandes Brandenburg. Dem ASB, betont er, sei es wichtig, nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb des Verbandes zusammenzuhalten und sich gegenseitig zu helfen. Das sei aber nur möglich, weil alle sich engagieren. Sein Dank gilt deshalb allen Samariterinnen und Samaritern - für ihren kurzfristigen Einsatz und die verbandsübergreifende solidarische und unkomplizierte Hilfe. Diesem Dank schließt sich der Paritätische gern an. „Die Sozialverbände arbeiten in dieser Situation so eng und solidarisch zusammen wie noch nie“, sagt Andreas Kaczynski. „Das gibt den nötigen Rückenwind und die Stärke für das weitere Engagement gegen das Coronavirus.“